LTWP-4

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesdeligiertenversammlung (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 4 - Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten

Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz ist ein Ort, an dem sich Menschen zuhause fühlen – in Städten wie Mainz oder Trier genauso wie in kleinen Dörfern an der Lahn oder im Hunsrück. Lebenswert gestalten heißt für uns, die Lebensqualität in allen Regionen zu sichern: mit finanziell starken Kommunen, bezahlbarem Wohnraum und einer Stadt- und Dorfentwicklung, die das Zusammenleben stärkt. Kultur, Sport und Ehrenamt geben unserem Land Herz und Charakter. Sie brauchen Wertschätzung und Unterstützung. Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen können und sich ernst genommen fühlen, deshalb stärken wir Bürgerbeteiligung und setzen uns klar gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus ein. Sicherheit, Justiz und Katastrophenschutz müssen zuverlässig arbeiten, damit die Menschen sich auf ihr Land verlassen können – ob bei Feuerwehreinsätzen, in Gerichtsverfahren, beim Kampf gegen Rechts oder bei der Hochwasserabwehr. Rheinland-Pfalz ist Teil einer Weltgemeinschaft: Wir wollen ein aktiver und verlässlicher Partner in Europa sein, der für Frieden, Klimaschutz und Menschenrechte eintritt. Wir stehen für Völkerrecht und die Einbindung Deutschlands in die freiheitlichen Strukturen Europas und des transatlantischen Raums, um schon jetzt für die bessere Welt von Morgen zu arbeiten.
Lebenswert bedeutet für uns: ein Land, das Sicherheit und Geborgenheit gibt, Vielfalt als Stärke begreift und Zukunft für alle möglich macht.

Haushalt

Für ein RLP das funktioniert – jetzt investieren

Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren dank guter Einnahmen den Landeshaushalt grundlegend saniert. Wir haben Schulden abgebaut, Rücklagen aufgebaut und den Haushalt von unnötigen Beteiligungen befreit, ohne dabei Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Für ein Land, das funktioniert, müssen wir aber deutlich mehr investieren. Es war richtig, dass wir auf Bundesebene dem Sondervermögen und der Möglichkeit der Neuverschuldung für die Länder zugestimmt haben. Der Rheinland-Pfalz-Plan (RLP-Plan) für Bildung, Klima und Infrastruktur legt fest, wofür die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ausgegeben werden. Damit sollen Land und Kommunen in eine zukunftsfähige Infrastruktur investieren und somit das Leben und den Alltag der Menschen in unserem Land schnell, sichtbar und spürbar besser machen.

RLP-Zukunftsfonds: Investitionen in eine klimaneutrale und innovative Zukunft

Durch die Möglichkeit der Länder, sich neu zu verschulden, sind zusätzlich finanzielle Spielräume entstanden. Diese Chance wollen wir nutzen, um gezielt in die Zukunft unseres Landes zu investieren und unsere Wirtschaft zukunftssicher aufzustellen. Unsere Idee: ein RLP-Zukunftsfonds. Der Fonds soll insbesondere Unternehmen verlässlich bei dem klimaneutralen Umbau von Wertschöpfungsketten unterstützen – etwa durch zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften oder Tilgungszuschüsse. Wir investieren damit in klimaneutrale Technologien, innovative Produktionsweisen, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Netze. Darüber hinaus wollen wir flexibel schauen, welche relevanten Investitionen für eine klimaneutrale Zukunft, wie zum Beispiel der Netzausbau durch kommunale Stadtwerke, über kreditfinanzierte Instrumente im Bundes- und Landeshaushalt möglich sein können. So schließen wir Lücken, die das Bundes-Sondervermögen und der RLP-Plan lassen, und geben der Transformation in Rheinland-Pfalz den langen Atem, den sie braucht. Langfristig halten wir an einer grundlegenden Reform der Schuldenbremse fest. Kreditaufnahme soll in dem Maße möglich sein, wie der Staat investiert.

Steuern

Gerechte Besteuerung für eine starke Gesellschaft

Gerade in finanziell angespannten Zeiten sind alle staatlichen Ebenen auf verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Landes- und Bundesebene für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Heute zahlen

viele Menschen auf Arbeitseinkommen mehr Steuern als auf hohe Kapitalgewinne. Das ist ungerecht und das wollen wir ändern. Gerade große Vermögen sollten konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.

Konsequent gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche

Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Geldwäsche sind keine Bagatelldelikte. Sie schaden dem Gemeinwesen und untergraben die Solidarität, auf der unser Sozialstaat beruht. Deshalb unterstützen wir Initiativen des Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

Starke Steuerverwaltung für Rheinland-Pfalz

Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Wir wollen die Stellen im Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz sorgen. Auch im Bereich der Steuerverwaltung ist es besonders wichtig, qualifizierte Fachkräfte auszubilden oder zu gewinnen und vor allem zu halten. Dafür wollen wir die Hochschule der Finanzen attraktiv weiterentwickeln, um so mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu gewinnen.

Wir wollen die Stellen im Außendienst besonders in der Betriebsprüfung ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz sorgen. Wir wollen genügend Kapazitäten erreichen, um bei allen Betrieben wirksam Steuerdelikte und Schwarzarbeit aufzudecken. Auch im Bereich der Steuerverwaltung ist es besonders wichtig, qualifizierte Fachkräfte auszubilden oder zu gewinnen und vor allem zu halten. Dafür wollen wir explizit für den Beruf der Betriebsprüfung werben und die Hochschule der Finanzen attraktiv weiterentwickeln, um so mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu gewinnen.

Neuverteilung der Umsatzsteuer für zentrale Gemeinschaftsaufgaben

Wir wollen das Steuersystem um eine erweiterte Finanzierung über eine „Gemeinschaftsaufgabe“ weiterentwickeln, um Einkünfte zugunsten von Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen stabiler zu verteilen. Wir setzen uns für eine Reform ein, die die Umsatzsteueranteile so umverteilt, dass die Kommunen in Rheinland-Pfalz langfristig gestärkt werden und verlässlich in Klimaschutz, soziale Infrastruktur und lebenswerte Ortskerne investieren können.

Kommunalfinanzen und -reform

Kommunen stärken und für die Zukunft aufstellen

Die kommunale Haushaltskrise ist allgegenwärtig und betrifft Städte, Kreise und Dörfer bundesweit, nicht nur in Rheinland-Pfalz. Eine Lösung erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen: Bund, Land und Kommunen. Besonders die hohen Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte. Dafür sind weder die Kommunen noch Mainz verantwortlich, sondern Berlin. Wir GRÜNE fordern deshalb strukturelle Lösungen auf Bundesebene: Das Konnexitätsprinzip muss auch für den Bund gelten. Wer Aufgaben vorgibt, muss für die Kosten aufkommen. Besonders dann, wenn sie dynamisch steigen. Ebenso muss der Bund bei der Übernahme der Altschulden endlich aktiver werden , nachdem das Land die Hälfte der kommunalen Kassenkredite bereits übernommen hat.

Kommunen finanziell stärken und bedarfsgerecht ausstatten

Das Land hat mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2023, dem Nachtragshaushalt 2025, dem Entschuldungsprogramm PEK-RP, KIPKI und dem regionalen Zukunftsprogramm RZN unsere Kommunen finanziell gestärkt. 2026 steht die Evaluation des KFA an. Wir GRÜNE werden dabei genau hinschauen, ob der KFA die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen abdeckt. Ist dies nicht der Fall, entwickeln wir ihn unter Einbeziehung der Kommunenweiter, damit die Kommunen die finanziellen Spielräume für ihre vielen Aufgaben erhalten. Mit unserer Zustimmung zum Sondervermögen haben wir auf Bundesebene Millioneninvestitionen in die kommunale Infrastruktur ermöglicht. In Rheinland-Pfalz tragen wir dafür Sorge, dass dieses Geld zukunftsfest für Klimaschutz und soziale Infrastruktur vor Ort ausgegeben wird. Für eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen erheben wir den Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe.

Kommunalstrukturen modernisieren

Damit die Finanzströme aus Bund und Land in unseren Kommunen gezielt eingesetzt werden und nicht in Bürokratie verpuffen, braucht es auch bessere digitale kommunale Strukturen. Rheinland-Pfalz hat die kleinteiligste Kommunalstruktur in Deutschland. Das erschwert digitales und bürgernahes Arbeiten sowie die Fachkräftegewinnung und mindert insgesamt die Effizienz der Verwaltung. Wir GRÜNE wollen die Kommunalreform neu starten. Unser Ziel: eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung mit guter und einheitlicher, digitaler Ausstattung und genug qualifiziertem Personal. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Wir brauchen größere Verwaltungseinheiten und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Neben der Gebietsstruktur muss auch die Aufgabenverteilung überprüft und modernisiert werden. Aufgaben, die eine besondere fachliche Spezialisierung

erfordern, wie etwa Schulaufsicht sollten auf übergeordnete Behörden übertragen werden. Nur so gelingt der Wandel.

Verwaltung als Service für alle

Die öffentliche Verwaltung ist Service- und Schnittstelle zwischen Bürger*innen und Staat. Für uns GRÜNE ist eine funktionierende Verwaltung von zentraler Bedeutung und die zentrale Verfügbarkeit aller staatlichen Dienstleistungen und Angebote auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eine Selbstverständlichkeit – und das am besten digital. Mitarbeiter*innen und Beamt*innen im Öffentlichen Dienst leisten hierfür tagtäglich einen wertvollen Beitrag. Ihre Arbeit verdient unsere volle Anerkennung und Wertschätzung.

Wohnen

Unser Ziel ist klar: Jeder Mensch soll Zugang zu bezahlbarem und vor allem auch passendem Wohnraum haben, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dafür setzen wir auf mehr geförderte Wohnungen, eine intelligente Nutzung des vorhandenen Wohnraums, neue, innovative Wohnformen und wirksamen Mieter:innenschutz.

Sozialen Wohnungsbau stärken

Für bezahlbares Wohnen brauchen wir vor allem eine starke soziale Wohnraumförderung. Deshalb wollen wir die Mittel für den geförderten Wohnungsbau erhöhen und dabei Sanierung, Aufstockung und Ausbau gleichberechtigt mit dem Neubau fördern. Sozialer Wohnungsbau soll zuverlässig und dauerhaft bezahlbar erhalten bleiben. Wir setzen auf eine längere Bindungsdauer zu guten Konditionen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine Schlüsselrolle.Wir unterstützen Kommunen bei der Stärkung und Neugründung von Wohnungsbaugesellschaften. Kommunen soll es ermöglicht werden, von Investoren vernachlässigte oder leerstehende Wohnungen aufzukaufen und zu sanieren. Sozialer Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt missbraucht werden. Wir gleichen die Einkommensgrenzen beim Erwerb von Belegungsrechten für bestehende Wohnungen an die Mietwohnraumförderung an, damit mehr Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum nutzen können. .

Bestehenden Wohnraum besser nutzen

Gleichzeitig müssen wir den vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen. Viele Menschen,vor allem ältere Menschen, können sich vorstellen, ihre Wohnfläche zu verkleinern oder zu teilen. Diesen Menschen wollen wir mit Bürgschaften und Darlehen des Landes unter die Arme greifen, damit sie ihre Häuser um- oder ausbauen können. So wird schnell und kostengünstig zusätzlicher Wohnraum

geschaffen. Wir fördern Kommunen, die ein eigenes Wohnraummanagement aufbauen und Menschen aktiv passenden Wohnraum vermitteln. Wir unterstützen den Aufbau von Leerstandskatastern und befürworten die Einführung von kommunalen Leerstandssteuern: so bleibt kein Wohnraum ungenutzt und Leerstand in Dorfkernen kann wirksam verringert werden. Auch ältere Menschen sollen zur Finanzierung eigenen Wohnraums Bürgschaften des Landes erhalten.

Innovative Wohnformen besser unterstützen

Der demografische Wandel stellt uns auch beim Thema Wohnen vor Herausforderungen. Der barrierefreie Umbau soll auch ohne Pflegegrad gefördert werden, um dem wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen gerecht zu werden.Wir fördern inklusive Wohnformen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt leben. Assistenzleistungen sollen flexibel und personenzentriert dort ansetzen, wo Menschen wohnen wollen – statt an bestehenden Strukturen zu scheitern. Gemeinschaftliche Wohnformen bringen Generationen zusammen und sorgen für lebendige Nachbarschaften. Wir wollen Menschen, die sich für diese Wohnkonzepte entscheiden, stärker unterstützen, etwa beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Um zu verhindern, dass Menschen im Alter ihr vertrautes Umfeld verlassen müssen, braucht es gezielte Investitionen in den Umbau bestehender Wohnformen sowie in eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung.Wir unterstützen auch innovative Konzepte wie Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt und “Wohnen für Hilfe”. Hier setzen wir uns auf Bundesebene für rechtssichere Regelungen ein.Unser Ziel ist inklusives Wohnen in jedem Alter zu ermöglichen – wohnortnah, selbstbestimmt und würdevoll.

Junges Wohnen in den Fokus nehmen

Gleichzeitig wollen wir an den Hochschulstandorten durch die gezielte Förderung von studentischem Wohnen Druck vom Wohnungsmarkt nehmen. Das Programm “Junges Wohnen” muss deshalb endlich in die Umsetzung. Wir werden die Förderrichtlinien auf Hürden überprüfen, um dafür zu sorgen, dass neue Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende entstehen. An den landeseigenen Hochschulen wollen wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Wohnheimplätze zur Verfügung stellen.

Mietschutz ausweiten

Mit der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze haben wir Instrumente zur Hand, um steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen. Sie gelten aber derzeit nur in wenigen Städten und Landkreisen. Das wollen wir ändern. Es braucht eine differenziertere Betrachtung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, zum Beispiel auf Ebene der VerbandsgemeindenWir setzen uns für mehr Transparenz und wirksamere Kontrollen ein. So können wir die steigenden Mieten besser erfassen

und zielgerichteter bekämpfen. Schlupflöcher beim Schutz vor hohen Mieten z.B. bei möblierten oder befristeten Wohnungen wollen wir konsequent schließen.

Wohnungslosigkeit nachhaltig bekämpfen

Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge. Mit “Housing First” haben wir in der vergangenen Legislatur einen erfolgversprechenden Ansatz in Rheinland-Pfalz etabliert, den wir weiter fortführen und ausbauen wollen. Außerdem wollen wir Anlaufcafés fördern, in denen Wohnungslose Unterstützung, Beratung und einen sicheren Rückzugsort finden.

Stadt- und Dorfentwicklung

Innenstädte aufwerten

Wir GRÜNE wollen lebendige und lebenswerte Innenstädte mit vielfältigen Wohnformen, einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, Maßnahmen der Klimaanpassung, klimafreundlichen Mobilitätsformen und kleinen, inhabergeführten Geschäften und Gastronomieangeboten. Dafür wollen wir die Innenstadtförderung für unsere Kommunen ausweiten, nachhaltige Logistikmodelle unterstützen und Leerstand wieder in Nutzung bringen.

Lebendige Dörfer

Wir GRÜNE machen das Wohnen im Dorf zukunftsfest. Statt neue Flächen zu verbrauchen, setzen wir auf Sanierung und Umbau im Dorfkern, fördern gemeinschaftliches und Mehrgenerationenwohnen. Mit Dorfbüros, Co-Working und guter digitaler Infrastruktur bringen wir Arbeit und Alltag zusammen. Wir schaffen Orte, an denen man sich trifft: vom Spielplatz über Bänke bis hin zum Dorfladen und -gasthaus. Für uns gehören zur Daseinsvorsorge auch eine verlässliche Kinderbetreuung, gute ärztliche Versorgung, verlässliche Busverbindungen, offene Jugendräume und ausreichende Freizeitangebote.

Klimaanpassung in Innenstädten und Dörfern

Wir starten eine landesweite Entsiegelungsoffensive mit Anreizen für Kommunen, Wettbewerben und Kampagnen für weniger Beton und mehr Grün in unseren Dörfern und Städten. Wir setzen uns im Bund für eine dauerhafte Förderung von Klimaanpassungsmanager:innen ein. Im Land machen wir klimaangepasste Bauleitplanung verbindlich für mehr Begrünung, Wasserrückhalt und Schatten sowie geringere Versiegelung nach dem Prinzip der Schwammstadt. Mit Hilfe von Fernerkundung und künstlicher Intelligenz wollen wir zudem die innerörtliche

Versiegelung besser erfassen und steuern. Wer privat entsiegelt und für bessere Versickerung sorgt, soll über kommunale Niederschlagswassersatzungen dafür belohnt werden. Dafür wollen wir passende Möglichkeiten schaffen.

Demokratiepolitik

Demokratie braucht Rückgrat

Wir stärken unsere Demokratie dort, wo sie gelebt wird. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für ein **Demokratiefördergesetz** ein – mit klaren Regeln, dauerhafter Finanzierung und Schutz vor politischer Einflussnahme. Initiativen vor Ort wollen wir unbürokratisch unterstützen, zum Beispiel durch Mikroförderungen oder mobile Demokratieteams.

Politische Bildung ausbauen

Demokratie kann man lernen: Politische Bildung wollen wir GRÜNE deshalb bereits ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg ausbauen. Mit Planspielen, digitalen Angeboten und gezielter Fortbildung für pädagogische Fachkräfte schaffen wir praxisnahe Lernräume für Toleranz und Mitbestimmung. Mitbestimmung, in denen Schüler:innen aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern muss auch in der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit vermittelt werden.

Die Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.

Hass entgegentreten, Engagement schützen

Ob im Netz oder auf der Straße: Wer sich für Demokratie stark macht, verdient unseren besonderen Schutz. Wir GRÜNE stehen fest an der Seite aller Engagierten und schaffen eine zentrale Ansprechstelleder Landesregierung. Wir stellen Leitfäden für Sicherheitskonzepte zur Verfügung und setzen uns dafür ein, dass Auskunftssperren leichter möglich werden.

Die Beratungsangebote des Landes wollen wir stärken, insbesondere für Betroffene von rechter Gewalt. Auch die Angebote der Präventions-, Ausstiegs- und Distanzierungsberatungen entwickeln wir kontinuierlich weiter. Erfolgreiche Projekte gegen Hass im Netz wie die Kampagne #ScrollNichtWeg wollen wir fortführen und für neue Zielgruppen erweitern. Im Demokratiezentrum laufen alle diese Stränge zusammen. Diese wichtige Arbeit werden wir weiterhin unterstützen.

Klare Kante gegen Verfassungsfeinde

Das entschlossene Eintreten gegen Faschismus und für Demokratie ist Teil unserer politischen DNA.. Die AfD radikalisiert sich immer weiter und ist auch in Rheinland-Pfalz zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Netzwerks. Ein Verbotsverfahren muss deshalb endlich auf den Weg gebracht werden. Wir setzen uns außerdem für weitere gesetzliche Maßnahmen ein, um Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst zu entfernen.

Erinnern heißt handeln

Gedenkarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Bildung. Die Erinnerung an die grauenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus mahnt uns und ist Auftrag zugleich. Die Förderung für Fahrten zu Gedenkstätten werden wir daher fortführen. Jede*r Schüler*in in Rheinland-Pfalz soll mindestens einmal in seiner Schulzeit eine NS-Gedenkstätte oder ein Konzentrationslager kostenfrei besucht haben. Wir unterstützen Bildungsangebote an Gedenkorten wie Osthofen und Hinzert ebenso wie Projekte zur Aufarbeitung am ehemaligen Westwall. Die Stiftung “Grüner Wall im Westen” wollen wir zu einem Ort politischer Bildung weiterentwickeln –mit mehr Mitteln und mehr Möglichkeiten.

Den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai wollen wir als Gedenktagetablieren. Gleichzeitig wollen wir auch das reiche demokratische Erbe in Rheinland-Pfalz pflegen, zum Beispiel das Hambacher Fest, das sich bald zum 200. Mal jährt.

Erinnerungskultur endet aber nicht beim Nationalsozialismus. Auch koloniale Verbrechen gehören benannt und ihre Folgen sichtbar gemacht. Wir fördern Forschung, Bildung und kulturelle Projekte, die sich kritisch mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinandersetzen. Kommunen unterstützen wir dabei, koloniale Spuren vor Ort aufzuarbeiten, Straßen und Denkmäler kritisch zu überprüfen und Orte des Gedenkens und der Solidarität mit den Opfern zu schaffen. Rheinland-Pfalz soll dabei eine aktive Rolle einnehmen und Initiativen zur Dekolonisierung von Erinnerungskultur gezielt fördern.

Ehrenamt

Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Menschen. Über eine Millionen Rheinland-Pfälzer:innen sind ehrenamtlich aktiv: in der Hilfe für Geflüchtete, in sozialem Engagement, im Sportverein, in der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz und beim Naturschutz. Wir GRÜNE machen ihren Einsatz einfacher, sichtbarer und sicherer.

Mehr Entlastung durch digitale Lösungen

Digitale Tools helfen bei der Verwaltung, Mitgliederorganisation oder Veranstaltungsplanung. Wir wollen Vereine bei der Bereitstellung der notwendigen Software unterstützen. Damit bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für das Wesentliche: ihr Engagement. Für das Ehrenamt sollen bürokratische Hürden gesenkt werden. Die einfachen Verwendungsnachweise wollen wir beibehalten.

Ehrenamtskarte ausweiten

Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Anerkennung für den vielfältigen Einsatz der zahlreichen Engagierten in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Ehrenamtskarte zugänglicher , digitaler und bekannter machen und neue Partner:innen für Vergünstigungen gewinnen.

Ansprechstelle für Engagierte

Wir stehen an der Seite derjenigen, die Haltung zeigen. Wer sich gegen Hass, Hetze oder Diskriminierung engagiert, verdient unseren besonderen Schutz und unsere Rückendeckung. Wir schaffen eine Ansprechstelle für Ehrenamtliche, die aufgrund ihres Engagements angefeindet und bedroht werden.

Beteiligung und Petitionen

Wir stehen für eine starke, lebendige Demokratie ein. Für uns ist deshalb klar: Wer dauerhaft hier lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir wollen, dass auch Menschen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft, die schon lange in Rheinland-Pfalz leben, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

Demokratie lebt vom Mitmachen

Bürgerbeteiligung ist mehr als Symbolik: Wir wollen für komplexe Reformprozesse beratende Begleitkreise mit ausgelosten Bürger:innen schaffen. Solche Formate machen politische Entscheidungen nachvollziehbarer und stärken das Vertrauen.

Damit sich mehr Menschen einbringen können, wollen wir die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken. Als weiteres niedrigschwelliges Angebot schaffen wir ein landeseigenes Beteiligungsportal, wie es andere Länder vormachen: einfach, transparent und digital. Wir setzen uns auch für Transparenz, Teilhabe und Verteidigung der Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern und der zivilgesellschaftlichen Organisationsformen als wichtige Formen der demokratischen Teilhabe ein

Petitionen ernst nehmen

Petitionen sind ein wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass Petent:innen einen Rechtsanspruch auf ein Rederecht im Petitionsausschuss bei Erreichen von 1.000 Mitzeichnungen erhalten. Relevante Petitionen sollen außerdem öffentlich beraten werden.

Innenpolitik

Unsere Innenpolitik: Freiheit schützen, Sicherheit stärken

Unsere freie Gesellschaft steht unter Druck – durch Extremismus, Desinformation und innere Spaltung. Wir GRÜNE begegnen diesen Herausforderungen mit klarer Haltung: Wir verteidigen die Freiheit. Wir modernisieren die Sicherheitsarchitektur. Und wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Gewalt und Hass mit einer Innenpolitik, die auf Demokratie und Menschlichkeit setzt. Polizei, Kommunaler Vollzugsdienst, Feuerwehr und Rettungsdienst leisten täglich unverzichtbare Arbeit. Wir würdigen diese Arbeit**, indem wir moderne Arbeitsbedingungen schaffen, die gute Ausstattung erhalten und verbessern und für moderne Befugnisse sorgen. Wir setzen uns dafür ein, die Polizei mit moderner, in Europa entwickelter Software auszustatten. Sicherheit entsteht aber nicht nur durch Einsatzkräfte, sondern auch durch eine kluge Stadtplanung: Wir setzen uns für öffentliche Räume ein, die Sicherheit, Aufenthaltsqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt gleichermaßen fördern**

Die Polizei der Zukunft: gut ausgestattet, bürger:innen-nah und vielfältig

Wir wollen langfristig mehr und gut ausgebildete Polizist:innen im Land. Gleichzeitig entlasten wir den Wechselschichtdienst, entwickeln Perspektiven für pensionierte Beamt:innen und stärken den Bezirksdienst als Gesicht einer bürger:innen-nahen Polizei vor Ort. **Wir setzen uns dafür ein, die Vorschriften zum äußeren Erscheinungsbild zu novellieren und an die gesellschaftlichen Realitäten anzupassen.** Die geschaffenen Integrationsbeauftragten bei der Polizei wollen wir weiter dabei unterstützen, noch mehrMenschen mit Migrationsgeschichte in den Polizeidienst zu holen. Und wir stärken die Stelle der Queerbeauftragten um sicherzustellen, dass Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität aktiv bekämpft und die Präventionsarbeit weiter ausgebaut werden. **Wir setzen uns für demokratische Bildung in der Ausbildung und im täglichen Dienst ein, um die Demokratiefestigkeit unserer Polizei zu erhalten und zu stärken.** D**er Frauenanteil im Polizeivollzugsdienst wächst kontinuierlich – diesen Weg gehen wir weiter. Mit gezielter Förderung stärken wir Frauen auf ihrem Weg in Führungspositionen. Gleichzeitig schaffen wir familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – für Frauen und Männer gleichermaßen.** Um bei psychischer Belastung im Arbeitsalltag zu unterstützen, wollen wireine proaktive und regelmäßige Supervision durch die

von uns eingeführte psychotherapeutische Fachkraft in der Polizei. Wir setzen auf eine offene Fehlerkultur und wollen die Rechtsgrundlage der Polizeibeauftragten modernisieren. Für gute Arbeitsbedingungen wollen wir zudem einen Gesamtplan für die Gebäudesanierung, eine Stärkung der Liegenschaften und energetische Sanierungen. Hierfür werden wir ausreichend Mittel und Personal für alle Bereiche der Polizei, auch beim nicht-polizeilichen Personal, bereitstellen.

Präventionsarbeit und Digitalisierung für eine moderne Polizeiarbeit vorantreiben

Wir richten unseren Fokus auf Prävention. Deshalb unterstützen wir diekommunalen Präventionsgremien, wollen die Sicherheitsforschung an der Hochschule der Polizei weiter vorantreiben und einenPeriodischen Sicherheitsbericht samt Dunkelfeldforschung einführen. Politische Bildung, Deeskalationsstrategien und interkulturelle Kompetenzen gehören fest zur Aus- und Fortbildungder Polizei. Wir bauen die Onlinewache zur bundesweit ersten Online-Polizeiinspektion mit Rund-um-die-Uhr-Vollservice aus, wie in einer analogen Wache. So bringen wir auch das mobile Arbeiten in der Polizei entschlossen voran und modernisieren die Kommunikation mit den Bürger:innen. Wir erhöhen die Transparenz: Wer kontrolliert wird, erhält eine Kontrollquittung.

Zur Sicherheit aller Beteiligten sollen Bodycams bei Polizeieinsätzen standardmäßig aktiviert werden. Unnütze Befugnisse – wie die Onlinedurchsuchung oder die Gewalttäter-Sport-Datei – streichen oder überarbeiten wir grundlegend. Mit der elektronischen Fußfessel, die wir eingeführt haben, setzen wir klare Grenzen gegenüber gewalttätigen Personen. Dasspanische Modellmachen wir dabei zum Standard im Kampf gegen Femizide.Der Einsatz Künstlicher Intelligenz kann die Polizeiarbeit verbessern –davor und danach muss aber der Mensch stehen.

Wir setzen uns weiterhin für die Evaluierung von bestehenden Einsatzmitteln ein.

Mit mehr Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden aktuellen Herausforderungen entschieden begegnen

Wir bekämpfen Organisierte Kriminalitätmit klarer Strategie und intensivieren dafür die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Polizei und Betreiber:innen schützen wir physische und digitale kritische Infrastrukturen und stärken die Cybersicherheitund sensibilisieren verantwortliche Stellen.Wir etablieren ein leistungsfähiges System zur Detektion, Verifikation und Intervention unbemannter Luftfahrtsystemen (Drohnen) durch spezialisierte Kompetenzzentren, moderne Systeme und qualifiziertes Personal. Mit klaren Rechtsgrundlagen und abgestuften Interventionskonzepten gewährleisten wir in Abstimmung mit anderen BOS einen effektiven Schutz vor hybriden und sonstigen

Bedrohungen. Die Umwelt und damit auch die Gesundheit von Menschen wollen wir durch eine verstärkte Bekämpfung von Umweltkriminalität noch besser schützen. DerKommunale Vollzugsdienst (KVD) bleibt weiterhin stark an der Seite der Polizei. Seine Ausbildung und die Zusammenarbeit wollen wir stärken. Für eine klare Unterscheidung von KVD und Polizei hinsichtlich der Trägerschaft des staatlichen Gewaltmonopols lehnen wir den Einsatz von Tasern beim KVD ab. Der Verfassungsschutz ist als Frühwarnsystem fundamental wichtig für die Bekämpfung von extremistischen Bestrebungen. Wir wollen seine Arbeitsfähigkeit unter klarer demokratischer Kontrolle stärken. Dafür fördern wir die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Partnerbehörden auf Bundes- und internationaler Ebene und ermöglichen zugleich den bundesweiten Austausch zwischen den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollgremien.

Justiz

Arbeitsbedingungen in der Justiz attraktiver und digitaler gestalten, Personal aufstocken

Wir setzen den Personalaufwuchs in der Justiz konsequent fort. Wir sorgen für sichere, gut ausgestattete Arbeitsplätze in Gerichten und Staatsanwaltschaften. Digitale Prozesse – intern wie extern – machen wir zum Standard in der Justiz. Auch wollen wir unsere Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung von Cybercrime gut ausstatten. Wir wollen aktiv Nachwuchs für alle Bereiche der Justiz gewinnen und moderne Fortbildungsangebote sowie Programme zum Quereinstieg etablieren. Wir stehen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Berufsfeldern im Rechtswesen – Vielfalt macht unsere Justiz stärker. Die Beschäftigten, die im Strafvollzug arbeiten, wollen wir stärker schützen. Wir prüfen die Sicherheitsvorkehrungen bei Aus- oder Vorführungenmit dem Ziel, sie zu verbessern, setzen auf eine gute Aus- und Fortbildungund wollen die Zulagen prüfen.

Moderner Strafvollzug gewährleisten und Resozialisierung stärken

Wir setzen auf moderne Kommunikationstechnologien, um illegale Gegenstände aus den Haftanstalten fernzuhalten und Arbeitsprozesse zu entlasten. Gleichzeitig stärken wir die Strukturen im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen– für mehr Sicherheit und Menschlichkeit im Vollzug. Mit einem Sanierungsprogramm machen wir Justizgebäude zukunftsfähig und sorgen für bessere Haftbedingungen – auch im Sommer. Um Menschen nach der Haft eine echte Perspektive zu geben, wollen wir den offenen Vollzug ausbauen und so ermöglichen, dass Ersatzfreiheitsstrafen dort vollzogen werden. Durch Bildung, soziale Trainings, Therapieangebote und Unterstützung bei der Wohnungssuche helfen wir, Rückfälle zu vermeiden und die Rückkehr in die Gesellschaft (Resozialisierung) zu

ermöglichen. Dafür stärken wir auch das Übergangsmanagement und die Bewährungshilfe. Bei Jugendkriminalität setzen wir aufpädagogische Ansätzeund Prävention. Die Häuser des Jugendrechtswollen wir ausbauen – als Orte, an denen Justiz, Jugendhilfe und Polizei Hand in Hand arbeiten.

Die Unabhängigkeit der Justiz hat Verfassungsrang. Deshalb schaffen wir das Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften ab. Dort, wo eine Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Sinn ergibt, unterstützen wir sie, **beispielsweise durch die Einführung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Umweltkriminalität.** . Gleichzeitig schützen wir den Schöffendienst vor demokratiefeindlicher Einflussnahme – denn jede Funktion in der Justiz erfordert ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat.

Katastrophenschutz

Brand- und Katastrophenschutz zukunftsfähig machen

Durch die Reform des Brand- und Katastrophenschutzes haben wir einen wichtigen Schritt zur besseren Vorbereitung von Rheinland-Pfalz auf Krisen und Katastrophen gemacht. Wir wollen sowohl das Ehrenamt als auch die kommunalen Strukturen weiter stärken und die Alarm- und Einsatzpläne den aktuellen Herausforderungen laufend anpassen. Dabei werden wir die Nachwuchsförderung vorantreiben und für eine gute Aus- und Fortbildung sorgen. Wir werdenlandeseinheitliche Standards für Ausstattung und Alarmierung fördern und den Aufbau von Einheiten für den überörtlichen Einsatz in allen Landkreisen und Städten unterstützen. Wi **Indem wir den Betrieb der Leitstellen mit einem eigenen Leitstellengesetz regeln und das Rettungsdienstgesetz für kommunale Trägerschaften öffnen, werden wir die Notfallversorgung in Stadt und Land zukunftsfähig aufstellen.**

Resiliente Gesellschaft und Schutz kritischer Infrastruktur

Unser Zielbild ist eine resiliente Gesellschaft. Wir unterstützen Maßnahmen für einen modernen Bevölkerungsschutzund setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit von Zivil- und Katastrophenschutzein. Technologien wie mobile Notfall-Mobilfunknetze und Drohnen wollen wir verstärkt fördern. Beim Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) setzen wir auf ein integriertes Risiko- und Krisenmanagementmit staatlichen und kommunalen Akteuren sowie Betreiber:innen von KRITIS. Dabei definieren wir Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen und lebenswichtigen Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge. **Bei Ressourcenknappheit müssen für den Krisenfall Verteilungsmodalitäten festgelegt werden, die Konflikten vorbeugen.**

Wissen, Vorbereitung und Vernetzung stärken

Wir wollen Handlungswissen frühzeitig vermitteln und regelmäßig auffrischen, damit im Ernstfall alle wissen, was zu tun ist. Wir werden die Entscheidungsträger:innen in den Kommunen auf ihre Rolle in Krisensituationen vorbereiten und die Risikoanalyse und Vorsorgedurch hauptamtliche Kräfte und Verwaltung unterstützen. Wir fördern Vernetzung und Austausch von Behörden, Hilfsorganisationen und privaten Akteur:innen. Auch die Vorgaben für die Ausstattung unserer Feuerwehren und Hilfsorganisationen werden wir laufend an die tatsächlichen Aufgaben und Erfahrungen anpassen.

Selbsthilfe, Prävention und Engagement fördern

Wir werden die Selbsthilfe und Vorsorge der Bevölkerung auf allen Ebenen fördern. **Für Schadens- und Katastrophenfälle werden wir einen Virtual-Operations-Support etablieren, der neben der Informationssammlung und -aufbereitung in den sozialen Medien bei einer barrierefreien, mehrsprachigen Krisenkommunikation auf verschiedenen Kanälen professionell unterstützt und der Verbreitung von Fehlinformationen entgegenwirkt.** Durch praxisnahe Unterrichtsbeispiele und gemeinsame Übungen im Unterricht mit Feuerwehren und Hilfsorganisationen können Schüler:innen wichtige Multiplikator:innen für Brand-, Katastrophen- sowie Zivilschutz in ihren Städten und Kommunen werden.

Ehrenamt stärken und hauptamtlich entlasten

Wir wollen Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen und das Ehrenamt durch ein stärkeres Hauptamt entlasten. Wir wollen Jugendarbeit, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Quereinsteiger:innen und Inklusion in unseren Feuerwehrwehren und Hilfsorganisationen fördern. Dezentrale und digitale Angebote in der Aus- und Weiterbildung wollen wir stärken und machen uns für eine bessere psychosoziale Unterstützung nach Einsätzen stark.

Kultur

Kultur gehört zum Leben – überall in Rheinland-Pfalz

Kultur braucht Planungssicherheit. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode mit dem ersten GRÜNEN Kulturministerium des Landes den Kulturetat um fast 25 Prozent erhöht. Damit haben wir ein klares Zeichen für eine feste gesellschaftliche Verankerung von Kultur und für die Stärkung der Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz gesetzt.

Wir wollen Kultur verlässlich fördern. Deshalb setzen wir uns für ein

Kulturgesetz mit einem konkreten Kulturförderplan für jede Wahlperiode ein. Den Förderrahmen wollen wir klarer und einfacher gestalten. Dafür streben wir eine Reform des Zuwendungsrechts und der Kulturförderrichtlinie an. Förderanträge sollen digital, verständlich und unbürokratisch gestellt werden können, damit mehr Zeit für die kreative Arbeit bleibt.

Die Konzeptionsförderung für die Freie Szene sichern wir langfristig ab und prüfen weitere mehrjährige Förderungen. Wir wollen die Kulturstiftung und den Kultursommer RLP als Impulsgeber für innovative Kunst und Kultur stärker profilieren. Wir prüfen die Idee von regionalen Kulturförderfonds und den Aufbau von „Kulturknoten“, damit Kultur vor Ort stark bleibt.
Wir sichern die Finanzierung der großen Theater, Orchester, Museen im Land.

Für junge Menschen wollen wir einen RLP-Kulturpass einführen und damit die kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Faire Bezahlung für Kunst und Kultur

Wer in Kunst und Kultur arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir Mindesthonorare bei Landesförderungen weiter ausbauen. Stipendien, Residenzen und Preise helfen beim Leben und Arbeiten. Um die gestiegenen Kosten im Kulturbetrieb aufzufangen, wollen wir den Kulturetat anheben. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine bessere soziale Absicherung von Künstler:innen ein.

Ehrenamt braucht Hauptamt

Vielerorts halten Ehrenamtliche mit viel Herzblut die Kultur am Leben. Dafür wollen wir das Programm „Zukunft durch Kultur“ weiter ausbauen. So unterstützen wir hauptamtliche Kräfte und Ehrenamtliche dort, wo es nötig ist. Fachverbände begleiten wir dabei, Programme für den Generationenwechsel und gesellschaftliche Transformation zu gestalten.

Kulturelle Bildung für alle

eder junge Mensch soll unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Sprache mit Kunst und Kultur in Kontakt kommen – in der Kita, in der Schule und danach. Kulturelle Bildung soll fester Teil im schulischen Ganztag werden. Gemeinsam mit den Trägern wollen wir Bibliotheken Musikschulen, junge Kunstschulen, Theater und Museen als niedrigschwellige, generationenünbergreifende Orte der Begegnung, des Lernens und der sozialen Teilhabe stärker fördern.Wir fördern Kooperationen von Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden mit Schulen und Kitas. Programme wie „Jedem Kind seine Kunst“, Kulturwandertage und kommunale Jugendkulturangebote wollen wir fördern, denn sie machen junge Menschen neugierig auf Theater,

Literatur, Film oder Musik. Wir wollen ein Förderprogramm für Kulturbusse einführen, damit Schulen wieder mehr Fahrten zu Kultureinrichtungen unternehmen.

Kultur braucht Raum – Infrastruktur stärken

Ob Konzert, Kino oder Lesung: Kultur braucht Orte - in Stadt und Land. Mit einem Programm „Dritte Orte“ ermöglichen wir neue oder erweiterte Räume für Begegnung und Kultur, zum Beispiel in Bibliotheken, Museen oder auch in leerstehenden Immobilien. Wir setzen uns für ein Produktionshaus für die Freie Szene in RLP ein. Kultur muss erreichbar sein. Wir setzen uns für Kulturbusse auch für Erwachsene ein.
Kulturanbieter werden wir bei Maßnahmen zur Digitalisierung, zum Klimaschutz oder zur Barrierefreiheit unterstützen. **Bei der öffentlichen Kulturförderung sollen Barrierefreiheit und Inklusion Hand in Hand gehen. Kleinkunstformate u. ä. können hiervon ausgenommen werden, wenn sie aufgrund ihrer Struktur oder begrenzten Ressourcen diese Anforderungen nicht vollständig erfüllen können.**Gemeinsam mit der Energie- und Klimaschutzagentur wollen wir ein „Grünes Kultursiegel“ als Zertifikat für nachhaltig operierende Kultureinrichtungen entwickeln. Wir wollen historische Kulturstätten erhalten und die Anpassung an aktuelle Standards unterstützen.

Lebendige Clubkultur erhalten - sicher feiern

Clubs und Diskotheken sind wertvolle Bestandteile urbaner Kultur. Wir erkennen sie als Kulturstätten an und setzen uns dafür ein, sie dauerhaft in die kommunale Stadtplanung und -entwicklung einzubinden.

Wir wollen Nachtkultur als Teil des öffentlichen Lebens stärken: durch die Förderung von Koordinierungsstellen für das Nachtleben und Maßnahmen zum besseren Lärmschutz sowie die Unterstützung nachhaltiger Clubkonzepte und kreativer Zwischennutzungen. Über gezielte Initiativen wollen wir bestehende Standorte sichern und Strategien gegen das Clubsterben entwickeln.

Sicher feiern heißt: frei feiern. Wir wollen Konzepte gegen sexualisierte Gewalt im Kulturbetrieb stärken und Awareness-Strukturen im Nachtleben und auf öffentlichen Veranstaltungen fördern.

Vielfalt willkommen heißen – Zugänge ermöglichen

Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus dürfen auch in Kunst und Kultur keinen Platz haben. Wir fördern daher Projekte, die den interkulturellen Dialog und die kulturelle Selbstbestimmung unterstützen und auch einen Blick auf bisher unterrepräsentierte Perspektiven ermöglichen. Für Menschen mit wenig Einkommen,

vor allem für Kinder und Jugendliche, setzen wir uns für günstige oder kostenlose Nutzung von Kulturangeboten ein.

Zu den niedrigschwelligen Kulturangeboten zählt auch das Kino: Im Rahmen der Medienförderung RLP soll eine Filmfestival-Förderung etabliert werden.

Kulturelles Erbe

Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Wir wollen die Aufmerksamkeit für die SchUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz, die nun UNESCO-Welterbe sind, erhöhen und die Vermittlungsarbeit dazu stärken und auch für das Hambacher Schloss als Wiege unserer Demokratie.

Zum Umgang mit dem kulturellen Erbe gehört auch die Untersuchung von Sammlungen auf mögliche Objekte, deren Herkunft im Zusammenhang mit NS-Raubgut oder kolonialen Kontexten stehen könnte. Wir wollen eine Beratungsstelle für Herkunftsforschung einrichten, die die Museen im Land bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützt.

Unsere Archive stärken wir zudem als moderne Orte der Demokratie und Erinnerungskultur im Land und setzen uns für die praktische Umsetzung des Landesarchivgesetzes insbesondere im ländlichen Raum ein.

Kultur sichtbar machen

Kultur in Rheinland-Pfalz ist vielfältig und wir wollen sie noch sichtbarer machen. Wir wollen das Profil unserer Kulturlandschaft durch eine bessere Vernetzung mit dem Tourismus und einer gezielten Marketingstrategie stärken. Zusätzliche Kulturberater:innen-Stellen sollen die Aktiven vor Ort unterstützen und regionale Kulturmanager:innen sollen helfen, örtliche Kulturprofile zu entwickeln.

Wir GRÜNE wollen, dass Rheinland-Pfalz Schauplatz einer europäischen Kulturhauptstadt wird – als starkes Zeichen für die lebendige und vielfältige Kultur in unserem Land.

Darüber hinaus wollen wir verstärkt Kooperationen zwischen Kultur-Initiativen und -Einrichtung nach und aus Rheinland-Pfalz in europäische Staaten fördern.

Sport

Unsere Sportstätten zukunftsfest machen

Wir machen Freizeit- und Sportangebote für alle Menschen zugänglich. Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten machen wir fit für die Zukunft und gestalten sie energieeffizient, nachhaltig und barrierefrei. Wir setzen uns für deren Erhalt und den bedarfsorientierten Ausbau im Land ein. Insbesondere Sportstätten mit überregionaler Bedeutung sollen zukünftig vom Land gefördert werden.

Das gilt vor allem für unsere Schwimmbäder. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz soll nach der Grundschule schwimmen können. Dafür brauchen wir neben ausreichend Schwimmlehrer:innen auch eine gute Bäderinfrastruktur. Unsere bestehenden Schwimmbäder wollen wir daher mit einem Sonderförderprogramm erhalten und sanieren. Wir unterstützen auch serielle Lösungen für neue Schwimmbäder, um flächendeckend ausreichend Wasserfläche zu schaffen.

Vereinsarbeit als Rückgrat des Sports stärken

Unzählige Rheinland-Pfälzer:innen engagieren sich in unseren Sportvereinen im Land. Ehrenamt wollen wir dabei unterstützen, sich resilienter und zukunfssicher aufzustellen. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit soll sich auch finanziell widerspiegeln. Wir wollen deshalb Zuschüsse für Übungsleiter:innen spürbar anheben. Kooperationen zwischen Sportvereinen und Ganztagsschulen wollen wir weiter ausbauen, denn von diesen Modellen profitieren beide Seiten nachhaltig.

Vielfalt und Inklusion im Sport leben

Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt wollen wir auch im Sport umsetzen und Projekte zur Gewaltprävention verstetigen. Wir unterstützen die Verbände und Vereine weiterhin bei Projekten für Integration und Antidiskriminierung. Um Inklusion auch im Sport weiter voranzutreiben, wollen wir die Förderung der Special Olympics Rheinland-Pfalz und der Inklusionslots:innen mit Ausrichtung auf die regulären Sportangebote fortsetzen. **Wir unterstützen Kommunen bei der Einrichtung öffentlich zugänglicher, kostenfreier Bewegungsanbote.**

Koordination stärken

Sportpolitik ist mehr als die Summe vieler Einzelmaßnahmen. Daher stehen wir für eine verlässliche Unterstützung des organisierten Sports. Wir GRÜNE wollen eine zentrale Ansprechstelle in der Landesregierung schaffen, die alle Maßnahmen des Sports gebündelt koordiniert und gemeinsam mit dem organisierten Sport strategisch weiterentwickelt.

Lebendige Fankultur erhalten

Sport lebt auch von der Leidenschaft seiner Fans. Wir GRÜNE stehen für eine lebendige Fankultur, die auf Teilhabe, Respekt und Dialog setzt. Deshalb wollen wir die Fanprojekte in Rheinland-Pfalz weiterhin unterstützen. Wir sehen das Erfordernis von Zeugnisverweigerungsrechten in besonderen Bereichen der sozialen Arbeit, z.B. Fanprojekten und setzen uns auf Bundesebene dafür ein.

E-Sport

E-Sport ist ein wichtiger Bestandteil digitaler Jugendkultur, gesellschaftlicher Teilhabe und Innovationskraft. Wir wollen einen modernen, inklusiven, klimaneutralen und zukunftsgerichteten Ansatz im E-Sport vorantreiben **und** E-Sport-Vereine fördern.

Europa und eine Welt

Grenzüberschreitende Beziehungen stärken

Rheinland-Pfalz ist eng mit seinen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien verbunden.

Damit wir grenzüberschreitende Partnerschaften weiter intensivieren, wollen wir das 4er Netzwerk mit unseren rheinland-pfälzischen Partnerregionen Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen weiter stärken. Wir GRÜNE wollen den grenzüberschreitenden Personennahverkehr weiter ausbauen und ÖPNV-Konzepte in den Nachbarregionen miteinander abstimmen. Das Deutschlandticket soll auch in den angrenzenden Regionen unserer Nachbarländer gelten. Auf Bundesebene drängen wir auf ein Ende der Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen.

Die EU weiterentwickeln

Die EU-Strukturpolitik wollen wir sozial und ökologisch ausrichten und die EFRE bzw. ELER-Mittel in Klimaschutz und eine klimafreundliche Wirtschaft investieren. Wir setzen uns für eine offene, plurale und rechtsstaatliche EU ein, in der Menschen Schutz und Sicherheit finden können. Dazu gehören menscherechtlich sichere und legale Wege für Geflüchtete nach Europa, nach Deutschland und zu uns nach Rheinland-Pfalz. Die Umsetzung des Green Deal treiben wir voran. Die EU wollen wir perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln.

Europa in Rheinland-Pfalz

Für EU-Bürger:innen wollen wir auch ein Wahlrecht bei den Landtagswahlen. Zur Verbesserung der europäischen Ausrichtung der Verwaltung wollen wir

Austauschprogramme für Mitarbeitende der Landes- und Kommunalverwaltungen einführen. Unsere Landesvertretung in Brüssel möchten wir auch personell stärken. Die Beantragung und Akquise europäischer Mittel durch Hochschulen, Unternehmen und Kommunen wollen wir durch eine Landesförderung unterstützen. Für junge Menschen wollen wir jährlich Interrail-Tickets verlosen.

Unsere Eine Welt

In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger oder Klimaveränderung flüchten. Deshalb müssen wir die öffentliche Beschaffung von Land und Kommunen nach sozialen und ökologischen Kriterien gestalten. Dafür brauchen wir verbindliche Regeln zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und eine Koordinierungsstelle des Landes. Das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz ist eine der aktivsten und am besten vernetzten entwicklungspoltischen Plattfornmen mit Fokus auf Nachhaltigkeit in Deutschland. Wir wollen seine Arbeit weiter unterstützen und ausbauen.

Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda

Unsere über 40-jährige Partnerschaft mit Ruanda wollen wir weiter ausbauen. Vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen und des Ostkongo-Konfliktes müssen wir differenzieren zwischen den politischen Kontakten, die wir derzeit vermeiden sollten, und der Graswurzelpartnerschaft, die wir weiter fördern wollen. Insbesondere Demokratie und Rechtsstaat wollen wir fördern. Dazu gehört auch unser Kontakt zur Demokratischen Grünen Partei Ruandas. In Gesprächen mit unseren ruandischen Kontaktpartner*Innen wollen wir adressieren, die militärischen und völkerrechtswidrigen Auseinandersetzungen mit dem Nachbarland Kongo einzustellen und die Menschenrechte zu wahren. Auch gemeinsame Projekte im Bereich Barrierefreiheit/Inklusion wollen wir anstoßen.

Unterstützung der Ukraine

Russland bedroht das demokratische und freiheitliche Europa. Wir GRÜNE unterstützen die Ukraine und die mittel- und osteuropäischen Staaten und schützen damit Europa als Ganzes.

Wir GRÜNE unterstützen die Ukraine sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Russland und setzen uns für Friedensverhandlungen unter Beachtung des Völkerrechts ein. Wir unterstützen jegliche Maßnahmen zur Sanktionieren Russlands und für den Wiederaufbau der Ukraine. So schützen wir Europa als Ganzes.

Wir unterstützen die Kooperation des Landes Rheinland-Pfalz mit der Oblast Winnyzia und wollen diese durch gemeinsamen Austausch auf politischer, zivilgesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Ebene beleben. Ebenso begrüßen wir kommunale Partnerschaften mit Kommunen in der Ukraine.

Frieden

Aktive Friedenspolitik ist maßgeblicher Antrieb für das politische Handeln für uns GRÜNE. Wir setzen uns prioritär immer für zivile Strategien und Abrüstung ein.

Friedensakademie in Rheinland-Pfalz stärken

Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz arbeitet sehr erfolgreich in der Friedenspädagogik, in der Vernetzung friedenspolitischer Aktivitäten und in der internationalen Zusammenarbeit. Die aktuelle Weltlage stellt hohe Anforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung. Wir wollen daher die finanzielle und personelle Ausstattung der Friedensakademie spürbar verbessern, damit ihre Arbeit gesichert werden kann.

Abrüstung in Rheinland-Pfalz

Wir wollen keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz.

Hierzu befürworten wir einen konstruktiven Dialog über Abrüstung und die schrittweise Reduzierung von Atomwaffenbeständen, insbesondere jener, die in Rheinland-Pfalz stationiert sind.

Dabei unterstützen wir den deutschen Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag.

Wir unterstützen neue Initiativen zur Rüstungskontrolle, um das Konzept gemeinsamer Sicherheit in Europa wiederzuerlangen und langfristig durch glaubwürdige, gegenseitige Schritte zu einem stabilen System zu führen.

Zudem fordern wir, dass von deutschem Boden aus keine völkerrechtswidrigen Einsätze, etwa durch die Steuerung bewaffneter Drohnen, erfolgen. Funktionieren wir dies in der angespanten Weltlage nur durch Vorleistung des Westens. Gleichzeitig sehen wir die durch den russi-ischen Angriffskrieg veränderte Sicherheitslage. Ein Frieden, der die europäische Zukunft der Ukraine sichert, ist dafür unverzichtbar.

Rheinland-Pfalz und seine internationalen Beziehungen

Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Friedensorganisation Givat Haviva, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt, ausbauen. Diese Art des kulturellen Dialogs soll auch bei uns in Rheinland-Pfalz in die pädagogische Arbeit einfließen.

Rheinland-Pfalz ist eng mit den USA verbunden. Wir wollen in Zeiten schwieriger transatlantischer Beziehungen den Austausch mit demokratischen Akteur:innen aufrechterhalten und sehen in der Atlantischen Akademie hier eine wichtige Partnerin.

Rheinland-Pfalz pflegt enge europäische Partnerschaften, besonders im Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/4er-Netzwerk. Sie stärken Frieden, Zusammenhalt und Austausch in Europa. Wir wollen diese Kooperationen vertiefen, die europäische Jugendarbeit ausbauen und Fördermittel – auch für kleine Projekte – weiterhin unbürokratisch zugänglich machen.

Internationale Konflikte, wie u.a. der Israel-Palästinakonflikt dürfen nicht militärisch und nicht zu Lasten der Zivilbevölkerung geführt werden.

Zivile Strategien verfolgen – die Interessen der Bevölkerung vertreten

Militärischer Flug- und Bodenlärm stellt eine Belastung für die Menschen dar. Wir wollen diesen u. a. durch die Polygone und TRA Lauter verursachten Fluglärm reduzieren.

Ehemalige Militärflächen sollen den Menschen zurückgegeben werden: für bezahlbares Wohnen, für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für nachhaltige Gewerbegebiete ohne weitere Flächenversiegelung, wie es bereits in Rheinland-Pfalz erfolgreich an vielen Stellen umgesetzt worden ist.

Menschen, auch aus anderen Ländern, die sich Kriegen entziehen wollen, ist Schutz zu gewähren, ein Fonds für einen Menschenrechtsdialog einzurichten.

Wir unterstützen Akteur:innen, die Friedensbildung an Schulen stärken wollen. **Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.**